



Hennef

DER BÜRGERMEISTER

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachträglich erhalten Sie zu meiner Einladung folgende Dokumente. Die aktualisierte Tagesordnung ist beigelegt.

Hinweis:

Die Unterlagen der vertagten Tagesordnungspunkte werden nicht neu versandt. Sie gelten für die weitere Sitzung am 12.04.2016 fort. Alle Ausschussmitglieder werden gebeten, die Unterlagen der Einladung zur Sitzung vom 15.03.2016 erneut mitzubringen.

Hennef, 07.04.2016

Mit freundlichen Grüßen

Michael Walter
Erster Beigeordneter

Gremium
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration

Wochentag	Datum	Uhrzeit
Dienstag	12.04.2016	17:00

Sitzungsort
Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Achtung: Vor der Sitzung findet um 16:00 Uhr eine Ortsbesichtigung statt.
Treffpunkt: Reutherstraße 11 (Brinkmann-Halle), Gewerbegebiet West

Tagesordnung		
TOP	Beratungsgegenstand	Anlagen
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Flüchtlinge in Hennef - Projektorganisation, Zielsetzung und Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	---
1.2	Einrichtung einer Ombudsstelle, Antrag der Fraktion "DIE LINKE" vom 15.03.2016	1 und 2
1.3	Bericht des Amtes für soziale Angelegenheiten zu Aktivitäten im sozialen Bereich	---
1.4	Sachstandsbericht zur Arbeit der Stabsstelle Inklusion / Älterwerden	---
1.5	Sachstand Gesundheitskarte	---
2	Anfragen	
2.1	Unterbringung von Flüchtlingen; Anfrage der CDU Fraktion vom 03.04.2016	3 und 4
3	Mitteilungen	
3.1	Bericht über die Ausführungen von Beschlüssen	---
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

Hinweis:

Die Unterlagen der vertagten Tagesordnungspunkte werden nicht neu versandt. Sie gelten für die weitere Sitzung am 12.04.2016 fort. Alle Ausschussmitglieder werden gebeten, die Unterlagen der Einladung zur Sitzung vom 15.03.2016 erneut mitzubringen.



Beschlussvorlage

Amt: Amt für soziale Angelegenheiten
Vorl.Nr.: V/2016/0510
Datum: 29.03.2016

TOP: 1.2
Anlage Nr.: 1

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	12.04.2016	öffentlich

Tagesordnung

Einrichtung einer Ombudsstelle, Antrag der Fraktion "DIE LINKE" vom 15.03.2016

Beschlussvorschlag

1. Eine Ombudsstelle wird eingerichtet. Die Ombudsfrauen und -männer stehen den Flüchtlingen in den Notunterkünften und den kommunal zugewiesenen Flüchtlingen als Ansprechpartner nach Maßgabe der im Begründungstext näher bezeichneten Konditionen für ihre Anliegen zur Verfügung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Regularium für die Ombudsstelle zu erarbeiten, sowie ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter für diese zu gewinnen.

Begründung

Um einerseits dem berechtigten Anliegen zu entsprechen, auf der anderen Seite den Aufwand zu begrenzen und trotzdem effektiv zu handeln, sollen als Ansprechpartner der Ombudsstelle zum Einen betroffene Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, zum Anderen zwei weitere Ansprechpartner(innen) aus dem Bereich der ehrenamtlichen Helfer benannt werden.

Aus der Verwaltung sollen mitwirken: Frau Seidel und Herr Abidi. Die Vorgenannten sind schon jetzt unmittelbar mit den Anliegen der Flüchtlinge befasst und werden auch regelmäßig in persönlichen Anliegen zu Rate gezogen. Die Präsenz vor Ort erleichtert erheblich die Kontaktaufnahme. Herr Abidi ist darüber hinaus mit Blick auf den arabischen Sprachraum sprachlich sehr versiert und als Notfallseelsorger ausgebildet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung würden in dieser Funktion weisungsfrei handeln (vergleichbar dem behördlichen Datenschutzbeauftragten). Sie stehen dem Grunde nach in ihrer Dienstzeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Die ehrenamtlichen Ombudsleute

legen ihre zeitliche Erreichbarkeit selbst fest (vergleichbar der Organisation im Schiedsamt).

Für die Tätigkeit aller Ansprechpartner wird geprüft, ob eine einschlägige Aus-/Fortbildung angeboten werden kann und ob die hierfür notwendigen finanziellen Mittel aus entsprechenden Förderprogrammen zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung erarbeitet ein Regularium für die Arbeit der Ombudsstelle. Dieses wird im folgenden Ausschusstermin zusammen mit den Vorschlägen für die ehrenamtliche Besetzung vorgestellt.

Hennef (Sieg), den 07.04.2016

In Vertretung



Michael Walter
Erster Beigeordneter

DIE FRAKTION.

16/3

Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration am 15.03.2016

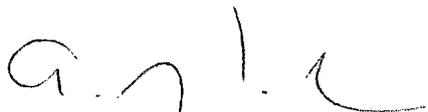
DIE LINKE. beantragt die Einrichtung einer Ombudsstelle für die in Hennef angekommenen, auf der Flucht befindlichen Menschen.

Die Stelle sollte mit vier Personen
(mit zwei Frauen und zwei Männern) besetzt sein.

Außerdem sollte die Stelle

- > behörden-, träger- und partei – unabhängig sein.
- > Die Personen sollten über eine soziale und fremdsprachliche Kompetenz verfügen.
- > Die Vertretung sollte gewährleistet
- > und eine 24- Stunden Erreichbarkeit sichergestellt sein.

Wir bitten die Verwaltung, um die Bearbeitung und Vorlage eines entsprechenden Konzeptes, bis zum nächsten Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration.



Gerd Weisel
Fraktionsvorsitzender



Anfrage

Amt: Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Vorl.Nr.: F/2016/0054
Datum: 07.04.2016

TOP: 2.1
Anlage Nr.: 3

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	12.04.2016	öffentlich

Tagesordnung

Anfrage der CDU Fraktion vom 03.04.2016;
Unterbringung von Flüchtlingen

Anfragentext

Zu 1.:

Siehe beigefügte Kostenschätzung.

Zu 2.:

Die monatlichen Kosten für die Unterhaltung bzw. der Nebenkosten der Gebäude können nicht seriös geschätzt werden, da diese sehr stark von dem Nutzungsverhalten der Bewohner abhängig sind. Zudem würden diese Kosten in ähnlicher Höhe auch in jeder anderen Unterbringung anfallen.

In der Startphase ist vorgesehen einen Sicherheitsdienst mit zwei permanent (24 h) anwesenden Mitarbeitern je Objekt zu beschäftigen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 22.000 € pro Monat und Objekt. Ob diese Mitarbeiterzahl ausreicht oder im Verlauf erhöht bzw. reduziert werden muss oder kann hängt wiederum vom Verhalten der Bewohner ab.

Für die Verpflegung der Bewohner ist vorgesehen, dass diese sich zum Frühstück und Abendessen selbständig versorgen. Hierdurch kann eine bestmögliche Vorbereitung auf die spätere Unterbringung in Wohnungen bereits von Beginn an erfolgen. Das Mittagessen soll zentral ausgegeben werden. Die zur Verfügungstellung von individuellen Kochmöglichkeiten für ca. 160 Personen erfordert sehr hohe Investitionskosten und Platzbedarfe. Zusätzlich entstehen hierdurch erheblich höhere Brandschutzanforderungen sowie ein nicht abzuschätzendes Konfliktpotential. Durch eine zentrale Ausgabe kann gewährleistet werden, dass jeder Bewohner täglich eine warme Mahlzeit erhält. Die Kosten belaufen sich auf ca. 6 € pro Person und Mahlzeit inkl. aller anfallenden Kosten.

Die monatliche Miete für das Objekt Reutherstraße 11 beträgt 7.437€

Zu 3.:

Zur Unterbringung von Flüchtlingen hat es vor Anmietung des Gebäudes in der Reutherstraße 11 (der Mietvertrag für das Gebäude Reutherstraße 13 ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht rechtskräftig, da noch eine abschließende Stellungnahme des Brandschutzes aussteht) folgende Untersuchungen gegeben:

Es wurde die Fa. Schorn Immobilien beauftragt, anmietbare Objekte zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet Hennef anzubieten; woraufhin vier Mietangebote und ein Kaufangebot vorgelegt wurden. Die Gebäude waren entweder aufgrund des Grundrisses nicht geeignet oder die Eigentümer haben im Verlauf der Gespräche erklärt, doch nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen vermieten zu wollen. Zusätzlich wurde durch den Außendienst das Stadtgebiet abgefahren und alle Objekte, an denen „Zu vermieten“-Schilder angebracht waren, erfasst. Die Eigentümer wurden kontaktiert und die Bedarfe der Stadt erläutert. Alle Eigentümer haben erklärt, dass sie grundsätzlich vermieten würden, allerdings sind überall Bestandsmieter in Gebäudeteilen vorhanden, die sich gegen eine Vermietung ausgesprochen haben. Es konnte kein Mietvertrag abgeschlossen werden.

Als weitere Maßnahme zur Verdeutlichung des Anmietinteresses wurde den Grundsteuerbescheiden für das Jahr 2016 ein Informationsschreiben beigefügt. Hier wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Hennef dringend Wohnraum zur Anmietung für die Unterbringung von Flüchtlingen sucht.

Parallel wurde geprüft welche Kosten für den Bau von temporären Unterkünften in Container- bzw. Leichtbauunterkünften entstehen. Die freie Wiesenfläche vor der Sporthalle „Am Kuckuck“ stünde hierfür zur Verfügung. Um eine Aufnahmekapazität von 250 Personen zu generieren (bei gleicher Ausstattung wie in der Reutherstraße 11), müssten für eine Containeranlage ca. 2.1 Mio. Euro und für Leichtbauhallen ca. 1.8 Mio. Euro investiert werden. Die Rückbau- und Entsorgungskosten der Anlagen sind hier noch nicht berücksichtigt.

Erst nach diesen Erkenntnissen wurde die Suche auf Hallen im Bereich der Gewerbe- und Industriegebiete erweitert und die Gespräche mit den Eigentümern der Objekte Reutherstraße 11 und 13 begonnen.

Zu 4.:

Der Stadt Hennef liegt für das Jahr 2016 ein Zuweisungsbescheid der Bezirksregierung Köln über pauschal 5.258.528 € vor. Diese Mittel dienen der Deckung der Kosten der Unterbringung der kommunal zugewiesenen Flüchtlinge. Ob weitere Zuweisungen für das Jahr 2016 kommen, steht derzeit nicht fest. Eine Evaluierung der Ansätze ist für den Herbst 2016 angekündigt.

Hennef (Sieg), den 07.04.2016

In Vertretung



Michael Walter
Erster Beigeordneter

05.04.2016

Kostenschätzung Umbau Objekt Reutherstraße 11

Strom		50.000 €
<u>Außen:</u>		
Weg + Zaun		6.000 €
Sonst. Arbeiten		5.000 €
Beleuchtung Außen		5.000 €
<u>Hausanschlüsse:</u>		
GAL		15.000 €
Wasser		5.000 €
Strom (innen / Verteiler)		100.000 €
Heizung + Wasser		33.000 €
<u>Innenausbau:</u>		
Abbruch/Beton- Mauerarbeiten		50.000 €
Türen Innen/Außen		10.000 €
Wohnboxen – Trockenbau + Türen		90.000 €
Bodenbelag		22.000 €
Container		40.000 €
Sonstiges		6.000 €
<u>Brandschutz:</u>		
BMA / Rauchmelder / Sonstiges		5.000 €
<u>Innenausstattung:</u>		
Möblierung Wohnboxen/ Waschmaschinen/Trockner/Besteck/Decken etc.		51.000 €
Honorar Architekt (LP 1 – 8)		10.000 €
		30.000 €
Brandschutzkonzept		10.000 €
gesamt		543.000 €
	+ 19%	103.170 €
		646.170 €

CDU Fraktion im Rat der Stadt Hennef, Frankfurter Str. 97, 53773 Hennef

Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Frankfurter Str. 99

53773 Hennef

EINGEGANGEN

05. April 2016

Erl.

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hennef
Historisches Rathaus, Zimmer 25 (1. OG)
Frankfurter Str. 97
53773 Hennef

Telefon: 02242 / 888 -295 oder -297
Telefax: 02242 / 888 -7 297
E-Mail: cdu@hennef.de
Internet: fraktion.hennefpartei.de

Fraktionsvorsitzender: Ralf Offergeld
Fraktionsgeschäftsführung: Theo Walterscheid
Sören Schilling

Öffnungszeiten Büro:
Mo-Mi: 08:00 - 12:00 Uhr
Do: 16:00 - 18:00 Uhr

Hennef, den 03.04.2016/Sch
AN/2016/014

Anfrage: Unterbringung von Flüchtlingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitte ich namens der CDU-Fraktion um schriftliche und mündliche Beantwortung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration am 12.04.2016 der nachfolgenden Anfrage:

1. Welche Kosten entstehen der Stadt Hennef für den Umbau der Brinkmann Halle (Reutherstraße 11) im Gewerbegebiet sowie der daneben befindlichen Örtlichkeit (Reutherstraße 13)?
2. Wie hoch sind die monatlichen Kosten (Unterhalt, Security, Essensausgabe)?
3. Welche Alternativen Standorte im Stadtgebiet wurden geprüft?
4. In welcher Höhe beteiligt sich das Land an der Erstattung der Kosten?

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Mikolajczak

Ratsmitglied